



Presseschau vom 29.02.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.sputniknews.com: **Windbridge-Projekt: Wind- und Wasserkraft aus Russland für deutsche Metropolen**

Wind- und Wasserkraft aus dem Norden Russlands für Metropolen wie Hamburg und Berlin. Das verspricht das Projekt „Windbridge“, das Windräder und ein Gezeitenkraftwerk in der stürmischen und kalten Barentssee installieren will. Sputnik hat mit Forschern von dem Projekt gesprochen. ...

<https://sptnkne.ws/B6Hp>

de.sputniknews.com: **„Angebliche Pleite der DDR ist ein Märchen“ – Ökonom Blessing zu Treuhand und Einheit**

Die am 1. März 1990 gegründete Treuhand-Anstalt in der DDR hat einen klaren politischen Auftrag gehabt. Den hat sie erfüllt und dabei keine Fehler gemacht, wie manche Kritiker meinen. So sieht es der Ökonom Klaus Blessing. Im Gespräch mit Sputniknews hat er das erklärt und ebenso die Frage beantwortet, warum die DDR 1989/90 nicht pleite war. ...

<https://sptnkne.ws/B6Fb>

Karin Leukefeld: **Wirtschaftssanktionen gegen Syrien – Wie Deutschland und seine Verbündeten Syrien zerstören**

Nach neun Jahren Krieg ist die zivil-militärisch-humanitäre Intervention für den „Regime-Change“ in Syrien gescheitert. Nun tobt der Krieg nach dem Krieg. Europa und die USA

wollen das Land mit fortgesetzten Wirtschafts- und Finanzsanktionen zerstören, weil es sich den westlichen Neuordnungsplänen der Region widersetzt. ...

<https://sptnkne.ws/B6GE>

vormittags:

wpered.su: „Nadeshda Donbassa“ leistete Soldaten und Kindern Hilfe

Zum Tag der Sowjetarmee und Flotte haben Toreser Kommunisten und Vertreterinnen der gesellschaftlichen Organisation „Nadeshda Donbassa“ humanitäre Hilfe an Soldaten und Kindern in einem frontnahen Dorf geleistet, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit. Kommunisten und Vertreterinnen der Frauenbewegung haben Kleidung für Neugeborene, warme Kleidung für Kinder und Erwachsene übergeben sowie Schreibwaren für Schüler des Dorfes Sachanka gekauft.

Dank nicht gleichgültigen Einwohnern ist es gelungen, Lebensmittel, warme Kleidung und Socken, selbst Eingemachtes, Backwaren und Obst zu sammeln und an die Front zu bringen. Die Aktivisten haben den Soldaten Zeichnungen, Postkarten und Briefe von Kindern aus Kindergärten von Tores und Sneshnoje übergeben.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/02/kzkAVDBR73k.jpg>

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden einmal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

Beschossen wurde **Golubowskoje**.

Geschossen wurde mit einem 82mm-Mörser.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Erdogan bestätigt Öffnung türkischer Grenze zu Europa für Flüchtlinge**

Knapp einen Tag nach den ersten Medienberichten über eine Öffnung der türkisch-griechischen Grenze für Flüchtlinge aus Syrien hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan diese Nachricht bestätigt.

Laut Erdogan überquerten bereits rund 18.000 Menschen die türkische Grenze. Die Entscheidung begründete er damit, dass Ankara eine neue Flüchtlingswelle aus Syrien nicht überstehen könne. Er fügte dem hinzu, dass sich die Zahl noch erhöhen wird.

„Wir haben seit geraumer Zeit gesagt, dass wir nicht verpflichtet sind, so viele Flüchtlinge aufzunehmen. Sie haben uns Hilfe versprochen, aber Sie tun nichts, und gestern haben wir unsere Grenzen geöffnet. Es sind bereits 18.000 Flüchtlinge gegangen, und heute wird sich die Zahl auf 25.000 oder 30.000 erhöhen, und wir werden unsere Türen nicht schließen. Denn die EU muss ihr Wort halten“, sagte Erdogan am Samstag in Istanbul.

Einer Reuters-Meldung zufolge hat die griechische Polizei bereits Tränengas gegen die Menschen eingesetzt, die den Grenzübergang versuchten.

Zuvor hatten Medien unter Verweis auf anonyme türkische Beamte berichtet, dass Ankara als Reaktion auf die Eskalation im syrischen Idlib die Grenzen zu Europa geöffnet haben sollte.

Erdogan gab außerdem Details eines Telefongesprächs mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bekannt. Er habe den russischen Staatschef aufgefordert, dem Konflikt in Idlib fernzubleiben und die Türkei „eins zu eins“ mit der syrischen Regierung zu lassen. Das Verteidigungsministerium Russlands erklärte seinerseits, dass die jüngsten Gespräche zwischen Moskau und Ankara zur Erwägung von Schritten geführt hätten, die einen dauerhaften Waffenstillstand in Idlib sichern könnten.

Erdogan kündigte außerdem umfassende Angriffe in Idlib an. Bei den bereits gestarteten Angriffen seien Lagerhäuser mit Chemiewaffen sowie Luftabwehrsysteme und Landebahnen zerstört worden, sagte er. Die syrische Regierung stritt die Behauptungen ab und warf Erdogan „irreführende“ Aussagen und Übertreibung vor.

Eskalation in Idlib

Die schwelenden Spannungen in der Deeskalationszone von Idlib eskalierten erneut am Donnerstag, als Terroristen der Miliz „Dschabhat Fath asch-Scham“ (früher als die Al-Nusra-Front bekannt) einen groß angelegten Angriff auf Positionen der syrischen Armee durchführten. Syrische Truppen schossen zurück, bei ihrem Gegenangriff kamen mindestens 33 türkische Soldaten ums Leben. Am Freitag sagte das russische Militär, die im Kreuzfeuer gefangenen türkischen Streitkräfte hätten sich überhaupt dort nicht befinden dürfen. Türkische Medien berichteten später, dass die türkische Armee in den letzten Wochen rund 130 Einheiten syrischer Militärtechnik zerstört hätte. Russland hofft weiterhin auf eine Rückkehr zu einer friedlichen Lösung des Konflikts.

Am Freitag legte Athen ein Veto gegen eine geplante Nato-Erklärung ein, in der die Allianz ihre Solidarität mit Ankara zum Ausdruck bringen sollte. Berichten zufolge traf Griechenland die Entscheidung trotz des Widerstands der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32652/60/326526039_0:110:3581:2047_1000x0_80

[0_1_d9bc3dd5b82b2971888515cbaaa0c592.jpg.webp](#)

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 28. Februar 3:00 Uhr bis 29. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 13. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerk), Jasinowataja, Shabitschewo, Spartak, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Staromichajlowka, Jelenowka, Dershinskoje, Leninskoje, Sachanka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, erlitt durch Beschuss von Seiten der BFU auf den KPP „Nowotroizkoje-Jelenowka“ ein Mann, geboren 1960, eine Schussverletzung am Ellenbogen. Außerdem wurde infolge des Beschusses der BFU auf Jelenowka das Dach eines Hauses in der Perejesdnaja-Straße 114 beschädigt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 72.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 61.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Griechenland blockiert Nato-Erklärung zur Unterstützung der Türkei – Medien

Athen hat am Freitagabend bei einer Sondersitzung des Nato-Rats Veto gegen die Erklärung zur Unterstützung von Ankara eingelegt, berichtet die griechische Zeitung „To Vima“. Zuvor hatte die Türkei vor dem Hintergrund der Eskalation in der Provinz Idlib in Syrien um Konsultationen gemäß Artikel 4 des Nato-Vertrags gebeten.

„Außenminister Nikos Dendias erteilte der Ständigen Vertretung Griechenlands in der Nato entsprechende Anweisungen, als auf der Sitzung des Nato-Rates auf Ebene der stellvertretenden Ständigen Vertreter ein Text vereinbart wurde, der keinen Vorschlag Griechenlands zur Bezugnahme auf die Einhaltung des im März 2016 unterzeichneten EU-Türkei-Abkommens über Flüchtlinge und Migranten enthielt“, schreibt die Zeitung.

Die Nachfrage Athens sei auf starken Widerstand aus einer Reihe von Ländern, darunter Großbritannien, Deutschland sowie die USA und Frankreich, gestoßen, hieß es weiter. Das erste Treffen auf Ebene der Nato-Botschafter am Freitagmorgen habe ohne gemeinsame Erklärung geendet, was sich aber später an diesem Tag änderte. „Zugleich hat die Türkei um Unterstützung in Bezug auf die Luftabwehr, der Aufklärung usw. gebeten, aber es scheint zumindest zu diesem Zeitpunkt keine Zustimmung der Alliierten in diesen Fragen zu geben“, so die Zeitung.

Griechenland zeigt sich besorgt

Griechenland ist besorgt über die Situation an den Grenzen zur Türkei, nachdem Ankara erklärt hat, dass es den Flüchtlingsstrom von Syrien nach Europa nicht mehr bremsen könne. Daraufhin hatte Athen den Schutz der See- und Landesgrenzen zur Türkei maximal gestärkt. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten hatten Mitte März 2016 mit der Türkei einen gemeinsamen Plan zur Bekämpfung der Migrationskrise vereinbart. Das damals

vereinbarte Abkommen sieht unter anderem vor, dass die Türkei alle Flüchtlinge - egal welcher Nationalität - zurücknimmt, die von ihrem Staatsgebiet aus illegal auf die griechischen Inseln gelangen. Damit soll Schlepperbanden in der Ägäis die Geschäftsgrundlage entzogen werden, die Flüchtlinge oft in kaum seetauglichen Booten transportieren. Im Gegenzug für jeden auf diese Weise aus Griechenland abgeschobenen Flüchtling soll die EU einen bislang in der Türkei lebenden syrischen Flüchtling aufnehmen.

Zunehmende Spannungen in Idlib

Die Situation in der syrischen Provinz Idlib hatte sich verschärft, nachdem Militante von der Terrormiliz „Hayat Tahrir al-Scham“ eine großangelegte Offensive gegen Stellungen der syrischen Regierungstruppen gestartet hatten. Die syrische Armee reagierte mit Gegenfeuer. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums sind dabei unter anderem türkische Soldaten, die sich nicht an dem Ort hätten aufhalten sollen, unter Beschuss geraten.

Bei dem Bombardement sind 33 türkische Soldaten getötet und mindestens 30 weitere verletzt worden. Gleich nach dem Erhalt der diesbezüglichen Information hat die russische Seite Maßnahmen zum vollständigen Feuerstopp seitens der syrischen Truppen ergriffen. Wie das russische Verteidigungsamt weiter berichtete, wurden die getöteten und die verletzten türkischen Soldaten gefahrlos in die Türkei gebracht. Laut dem russischen Verteidigungsministerium kamen die Fliegerkräfte Russlands in dem genannten Gebiet nicht zum Einsatz.

Moskau ruft weiter zu einer friedlichen Regelung in Idlib und zur Erfüllung von früher getroffenen Vereinbarungen auf.

Der türkische Verteidigungsminister, Hulusi Akar, verkündete am 20. Februar, dass die Zuspitzung der Lage in Idlib die Lieferungen der russischen S-400-Luftabwehrsysteme in die Türkei nicht beeinträchtigen würde.

Nato-Rat berät über Lage in Idlib

Berichten zufolge sprachen die Verbündeten bei einer Sondersitzung zu Syrien in Ankara ihre Solidarität und Anteilnahme aus, gingen jedoch auf eine Bitte um militärische Unterstützung nicht ein.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow betonte zuvor, die Türkei habe mehrere Schlüsselverpflichtungen zur Lösung der Probleme um das syrische Idlib nicht erfüllen können. Ankara habe die bewaffnete Opposition, die zu einem Dialog mit der Regierung im Rahmen des politischen Prozesses bereit wäre, nicht von den Terroristen abgegrenzt.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 7:55 Uhr das Feuer mit Mörsern des Kalibers 82mm auf Staromichajlowka eröffnet.

Infolge des Beschusses wurden Schäden an zwei Häusern festgestellt:

- Krasnoflotskaja-Straße 25 (Wirtschaftsgebäude);
- Krasnoflotskaja-Straße 33 (Fensterverglasung, Fassade, Wirtschaftsgebäude).

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung, genauere Informationen werden noch ermittelt.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Nato-Chef Stoltenberg zu Besuch in Afghanistan eingetroffen**

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg ist am Samstag zu einem Besuch Afghanistans in Kabul eingetroffen, teilte die Allianz in einer Erklärung mit. Hintergrund ist die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den USA und den Taliban über Wege zum Frieden.

Das mehr als eineinhalb Jahre lang verhandelte Abkommen soll einen Abzug der US-Truppen

aus Afghanistan einleiten. Im Gegenzug sollen die Taliban Garantien gewähren, dass das Land kein sicherer Hafen für Terroristen wird und sie Friedensgespräche mit der Regierung in Kabul aufnehmen.

Nato-Angaben zufolge ist für 13.45 Uhr MEZ eine gemeinsame Erklärung von Stoltenberg mit dem afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani und US-Verteidigungsminister Mark Esper geplant. Zeitgleich soll die Unterzeichnungszeremonie des USA-Taliban-Abkommens in Doha, der Hauptstadt des Golfemirats Katar, beginnen.

Zieht die Nato aus Afghanistan ab?

Stoltenberg hatte kürzlich für den Fall erheblicher Fortschritte im Friedensprozess eine Reduzierung der Nato-Truppen in Aussicht gestellt. Die Nato bildet im Zuge ihrer Mission afghanische Sicherheitskräfte aus. Auch Deutschland ist an dem Einsatz mit bis zu 1300 Soldaten beteiligt.

Erster Schritt zum Frieden

Die USA-Taliban-Vereinbarung ist ein erster Schritt in Richtung Frieden. Es handelt sich im klassischen Sinne nicht um einen Friedensvertrag, weil bisher eine Konfliktpartei, die Regierung in Kabul, fehlte. Gleichzeitig wurden zwei wichtige Punkte für einen dauerhaften Frieden an die innerafghanischen Verhandlungen ausgelagert: ein landesweiter, dauerhafter Waffenstillstand sowie ein Abkommen über die künftige Verteilung der politischen Macht in Afghanistan.

Die eigentlichen Friedensgespräche für das Land stehen somit erst noch bevor. Beobachter gehen davon aus, dass es mindestens ein Jahr bis zu einem innerafghanischen Friedensschluss dauert.



https://cdn.de.sputniknews.com/img/32652/62/326526277_0:0:2048:1107_1000x0_80_0_1_9fb9590763674a9bfbe09b51075ab56d.jpg.webp

de.sputniknews.com: USA verkaufen syrisches Öl über Türkei – Syriens Minister für Innenhandel

Laut dem syrischen Minister für Innenhandel, Atef Naddaf, verkaufen die USA Öl aus syrischen Erdölvorkommen an andere Länder. Dies erklärte er in einem Interview mit dem TV-Sender „Rossiya 24“.

„Die Vereinigten Staaten sind unser Feind, sie verkaufen es (Erdöl – Anm. d. Red.) (...), verkaufen an die Türkei und so weiter. Und in anderen Gebieten Syriens, wo Erdöl vorhanden ist, ist die Infrastruktur völlig zerstört – die Eisenbahn ist zerstört, alle Kraftwerke sind zerstört. Wir haben keinen Strom, und wenn es keinen Strom gibt, gibt es auch keine Produktion“, so Atef Naddaf.

Er betonte, dass Syrien gezwungen sei, Öl zu importieren, das nur gegen Dollar zu kaufen sei. Dabei erinnerte er daran, dass die syrischen Banken, einschließlich der Zentralbank, unter

Sanktionen stehen würden und jegliche Geldüberweisungen nach Syrien aus dem Ausland verboten seien.

Trump: Militär bleibt, um "das Öl zu schützen"

Im Oktober 2019 hatte US-Präsident Donald Trump gesagt, nachdem er zuvor seine Absicht verkündet hatte, alle US-Kräfte aus den Gebieten in Ostsyrien abzuziehen, dass ein Teil der Militärs bleiben werde, um „das Öl zu schützen“ – vor militanten Kämpfern der Terrorvereinigung „Islamischer Staat“ (IS). Er unterstrich, dass „es vielleicht höchste Zeit ist, dass sich Kurden in diese Öl-Region begeben“, und erläuterte dies damit, dass „sie Geld brauchen“. Dabei fügte Trump hinzu, dass „wir es so machen können, dass eines unser großen Öl-Unternehmen dort einsteigt und alles richtig macht“.

Zuvor hatte Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu erklärt, dass die USA unverhohlen und rücksichtslos Erdöllagerstätten in Syrien plündern und gleichzeitig Öllieferungen in dieses Land durch Sanktionen verbieten würden. ...

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 29.02.2020

Nach Angaben, die von den Beobachtern des GZKK der DVR erfasst wurden, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden 13-mal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 58. Brigade des Verbrechers Kaschtschenko die **Siedlung des Gagagarin-Bergwerks** mit 82mm-Mörsern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Strafruppen aus der 92., 57. und 28. Brigade unter Kommando der Verbrecher Kokorjew, Mischantschuk und Martschenko **Shabitschewo, Jelenowka, Jasinowataja, Spartak, die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** und den **Kujbyschewskij-Bezirk** von Donezk mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 10. Brigade unter Führung des Verbrechers Subanitsch **Leninskoje** und **Sachanka** mit 120mm-Mörsern, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Während des Beschusses von Jelenowka wurde ein Zivilist, geb. 1960, verletzt, der aus Richtung Ukraine über über den KPP „Nowotroizkoje-Jelenowka“ zurückkehrte, außerdem wurde ein Wohnhaus in der Perejesdnaja-Straße 114 beschädigt.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **Staromichajlowka** und **Leninskoje** beschossen und dabei 33 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert, dabei wurden zwei Häuser in der Krasnoflotskaja-Straße 25 und 33 beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Fällen von Beschuss auf Ortschaften wurden an Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, übergeben sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR, um sie den Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure der BFU Kokorjew, Mischantschuk, Martschenko, Kaschtschenko und Subanitsch hinzuzufügen.

Trotz der Aufrufe der Weltöffentlichkeit zur Lösung des militärischen Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg ist das kriminelle ukrainische Regime nach wie vor auf eine gewaltsame Methode der Lösung des Konflikts ausgerichtet. Zu diesem Zweck **stationiert das Kommando der BFU weitere verbotene Waffen an der Kontaktlinie und in der Nähe von Wohnhäusern.**

So wurde in einem Wohngebiet von Awdejewka die Stationierung von zwei Schützenpanzerwagen von Kämpfer der 92. mechanisierten Brigade und eine Station zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand der 20. Bataillons für elektronische Kriegführung der ukrainischen Streitkräfte bemerkt.

Nach Informationen von örtlichen Einwohnern verhalten sich Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die ihre Straflosigkeit spüren, in den Ortschaften, in denen ihre Einheiten einquartiert sind, weiterhin gesetzlos. **Die Ausschreitungen der Strafruppen der 92. Brigade gegen die friedliche Bevölkerung von Awdejewka enden nicht.** Banden von Besatzern Befassen sich mit Raub und Raubüberfällen. Örtliche Einwohner werden aus ihren Häusern unter der Drohung mit Vergeltung verjagt.

Am 27. Februar haben Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes einen Kämpfer des 2. Bataillons der 92. Brigade, der unter Drogeneinfluss stand, festgenommen. Bei einer Befragung äußerte er sich über die wahre Lage der Dinge in der Brigade und berichtete auch von Diebstahl von Treibstoff und militärischem Material durch Kommandeure von Einheiten. Diese Mitteilungen wurden operativ in den Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ übergeben sowie an die Militärstaatsanwaltschaft und den SBU. Im Zusammenhang damit wird in der 92. Brigade eine Kommission des rückwärtigen Dienstes erwartet sowie die Ankunft von Mitarbeitern des SBU und der Militärstaatsanwaltschaft, um die genannte Informationen zu überprüfen. Der Brigadekommandeur Kokorjew führt eilig persönlich eine Inventarisierung der Raketenartilleriewaffen und der Treibstoffvorräte durch.

Wir erhalten weiter Informationen über **Vorfälle, die das ukrainische Kommando in jeder Weise zu verheimlichen sucht.** Ich erinnere daran, dass Kämpfer der BFU am 27. Februar den Rand von Gorlowka beschossen haben, wobei die Schule Nr. 10 beschädigt wurde. Wegen der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen erlitten die Soldaten D.W. Grin, O.A. Tschremuschkin und Ju.Ju Gorulew aus der 58. Brigade zahlreiche Splitterverletzungen infolge der Detonation eines Geschosses im Lauf eines Mörsers. In der Folge starb der Soldat D.W. Grin während des Transports in eine medizinische Einrichtung an seinen Verletzungen. Dabei haben die Mörserschützen eine provisorische Feuerstellung in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern in Dsershinsk eingerichtet und haben so Leben und Gesundheit friedlicher Bürger, die sie angeblich verteidigen, gefährdet.

deutsch.rt.com: **Russlands UN-Botschafter: Syrien hat das Recht, Terrorangriffe auf seinem Territorium zu beantworten**

Nachdem bei einem Luftangriff in Syrien türkische Soldaten getötet worden waren, fand am Freitag eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats statt. Während Ankara Damaskus mit Vergeltungsschlägen drohte, betonte Moskau, dass Idlib syrisches Staatsgebiet ist. Nach der jüngsten Eskalation des Konflikts zwischen Syrien und dem NATO-Mitglied Türkei drohte Ankara am Freitag im UN-Sicherheitsrat mit Vergeltungsschlägen. Der türkische UN-Botschafter Feridun Sinirlioğlu sagte bei einer Dringlichkeitssitzung des UN-Gremiums in New York:

„Wenn sie es auf die harte Tour lernen wollen, können sie das haben. Die Türkei will keinen Krieg. Aber die Türkei wird nicht zögern, Gewalt anzuwenden, wenn ihre Sicherheit bedroht ist.“

Die USA stärkten Ankara für mögliche weitere militärische Manöver den Rücken. Die US-amerikanische UN-Botschafterin Kelly Craft sagte:

„Die Türkei hat unsere volle Unterstützung, um in Selbstverteidigung auf ungerechtfertigte Angriffe auf türkische Beobachtungsposten zu reagieren, die zum Tod ihrer eigenen Streitkräfte geführt haben.“

Auch der deutsche Vertreter Christoph Heusgen betonte die "volle Solidarität" mit der Türkei und forderte eine sofortige Waffenruhe.

Russlands UN-Botschafter Wassili Nebensja äußerte Bedauern über den Tod der türkischen Soldaten, sagte aber auch, dass diese sich außerhalb eines Beobachtungspostens aufgehalten hatten. Er betonte, dass es sich trotz allem bei der Region Idlib um syrisches Staatsgebiet handele:

„Die Terroristen, die Idlib erobert haben und überwiegend der Miliz 'Hai' at Tahrir asch-

Scham" angehören, haben in den letzten Monaten ihre Attacken auf die zivile Bevölkerung der benachbarten Siedlungen und auf das syrische Militär drastisch intensiviert. Als Reaktion auf die ständigen Verletzungen der Waffenruhe innerhalb von Idlib hat die syrische Armee natürlich jedes Recht, darauf zu antworten und die Terroristen zu bekämpfen.“

UN-Chef António Guterres nahm ebenfalls an der Sitzung des Sicherheitsrats teil und warnte, dass der Syrien-Konflikt mit der Eskalation in eine neue Phase eingetreten sei.

Am 27. Februar hatten Terroristen der Gruppierung "Hai'at Tahrir asch-Scham" in der nordsyrischen Provinz Idlib eine groß angelegte Offensive gegen die syrische Armee begonnen. Bei einem Luftangriff des syrischen Militärs kamen mindestens 33 türkische Armeeangehörige ums Leben, mehr als 30 wurden verletzt. Wie das russische Verteidigungsministerium mitteilte, hatten sich die türkischen Militärs unter "Terrorgruppen" gemischt. Nach dem Vorfall forderte die Türkei Beistand der NATO und der internationalen Gemeinschaft. Als Vergeltung griff die türkische Armee in der Nacht zum Freitag syrische Regierungstruppen an.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.02/article/5e5a170a48fbef69f1249975.JPG>

de.sputniknews.com: **Facebook und Twitter finden keine Beweise für „russische“ Fehlinformationen zum Coronavirus**

Die US-Unternehmen Facebook und Twitter haben die Behauptung des US-Außenministeriums angezweifelt, wonach Russland angeblich über tausende gefälschte Nutzerkonten Desinformationen über den Ausbruch des Coronavirus in den sozialen Medien verbreitet hat. Dies berichtet das Fachportal PCMag.

„Im Allgemeinen hat unsere Untersuchung diese Behauptung nicht bestätigt“, sagte Yoel Roth, Leiter der Website-Integrität von Twitter.

Twitter habe keine „verdeckten Versuche“ einer koordinierten Desinformationskampagne enthüllt, fügte Roth hinzu.

„Wir haben (das Außenministerium) um Beweise gebeten, dass sie dies unterstützen müssen, und wir haben noch nichts erhalten“, gab wiederum Nathaniel Gleicher, Leiter für Cyber-Sicherheitspolitik bei Facebook, an.

Zuvor habe das US-Außenministerium gegenüber der Nachrichtenagentur AFP mitgeteilt, dass es Tausende gefälschte, mit Russland verknüpfte Konten auf Facebook, Instagram und Twitter gefunden habe, die darauf abzielen würden, Angst zu säen, indem fälschlicherweise behauptet werde, die USA hätten den Coronavirus-Stamm geschaffen.

Das Außenministerium selbst habe es abgelehnt, den AFP-Bericht öffentlich zu kommentieren.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat sich zu den Berichten geäußert, wonach Russland verdächtigt werde, in den sozialen Netzwerken Fehlinformationen über das Coronavirus zu verbreiten, und diese als absichtliche Falschmeldungen bezeichnet.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32640/25/326402560_0:180:3072:1842_1000x0_80_0_1_218b14bae40639ecc74b429307479923.jpg.webp

Mil-Inr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponko**

Nach Informationen, die von den Vertretern der LVR im GZKK erfasst wurden, hat der Gegner **in den letzten 24 Stunden einmal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 93. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshinskij **Golubowskoje** mit 82mm-Mörsern beschossen und sechs Geschosse abgefeuert.

Informationen über Zerstörungen von Objekten ziviler Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Die BFU nutzen weiter den Waffenstillstand und stationieren Waffen und Militärtechnik in Wohngebieten von Ortschaften und gefährden so friedliche Einwohner.

So wurde im Verantwortungsbereich der 46. Brigade die Stationierung eines Abwehrgeschützes Eu-23 in der Nähe von Stschastje bemerkt.

Ein weiteres Abwehrgeschütz 3U-23 wurde am nördlichen Rand von Petrowka entdeckt.

In Wohngebieten von Staniza Luganskaja hat unsere Aufklärung die Stationierung von drei Panzertransportern registriert.

Die ukrainischen Truppen verwenden weiter aktiv **Drohnen zur Aufklärung und zur Beobachtung von OSZE-Patrouillen**.

Am 28. Februar wurde im Gebiet von Kalinowka eine Drohne des Gegners abgeschossen, die versuchte Luftaufklärung zu betreiben. Die Materialien der Drohne enthalten Fotos und Videos von Bewegungen von Fahrzeugen der OSZE-Mission, die Patrouillen im Verantwortungsbereich von Verbänden der ukrainischen Streitkräfte durchführen. Die Drohne wurde von den Positionen der 59. Brigade gestartet, die sich im Gebiet von Luganskoje befindet.

Gleichzeitig **behindern die ukrainischen Besatzer die Arbeit der OSZE-Mission durch die Verminung von Routen ihrer Patrouillen** und gefährden so die Beobachter.

Nach Informationen unserer Aufklärung haben Kämpfer der 72. Brigade im Gebiet von Solotoje eine Antipanzermine MON-90 und zwei Antipanzermine TM-62 in der Nähe einer Straße, auf der regelmäßig OSZE-Patrouillen fahren, installiert....

de.sputniknews.com: „Defender Europe 2020“: In Polen startet Nato-Großmanöver

In Polen hat die groß angelegte Nato-Übung „Defender Europe 2020“ unter US-Führung begonnen, wie Polens Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak am Samstag via Twitter bekanntgegeben hat.

„Wir haben die größte Übung seit vielen Jahren - ‚Defender Europe 2020‘ - gestartet. 37.000 Soldaten, darunter 20.000 aus den USA, werden daran teilnehmen. Die ersten Soldaten der US-Armee haben bereits die polnische Grenze überschritten“, schrieb Blaszczak auf Twitter.

Moskau nimmt Stellung

Zuvor hatte der Generalstabschef der russischen Streitkräfte Waleri Gerassimow seine Besorgnis über die antirussischen Szenarien der Nato-Militärmanöver zum Ausdruck gebracht.

Das russische Außenministerium bezeichnete die Übung „Defender Europe“ in Osteuropa als das „Abbild des Kalten Krieges“ und stellte zudem fest, dass sie zu einer Verschlechterung der Situation im Bereich der militärischen Sicherheit führt.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow sagte, dass „die Nato-Übungen ernsthafte Besorgnis in Moskau erregen würden, sodass Russland gezwungen sein werde, auf ‚Defender Europe 2020‘ zu reagieren“.

„Moskau wird die Prozesse nicht ignorieren, die eine Bedrohung für die Sicherheit des Landes darstellen. Alle Maßnahmen werden ausschließlich auf dem Territorium Russlands stattfinden“, teilte eine Quelle im russischen Verteidigungsministerium gegenüber Sputnik mit.

„Defender Europe 2020“

Insgesamt nehmen an dem US-geführten Manöver „Defender Europe 2020“ 37.000 Soldaten aus 18 Staaten teil. Aus den USA werden dafür zusätzlich 20.000 Soldaten nach Europa kommen. Die Übungen sollen in Deutschland, Polen, Georgien und dem Baltikum stattfinden. Laut Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg ist das „die größte Entsendung von US-Truppen nach Europa seit mehr als 25 Jahren“.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/31714/64/317146485_0:76:4129:2310_1000x0_800_1_1a168ac5e46c0615e9971076dac6a7aa.jpg.webp

de.sputniknews.com: USA und Taliban unterzeichnen historisches Abkommen

Ein erster Schritt in Richtung Frieden in Afghanistan ist getan: Mehr als 18 Jahre nach dem US-Einmarsch in Afghanistan haben die USA und die militant-islamistischen Taliban ein Abkommen über Wege zu einem Frieden geschlossen.

Aber die harten Verhandlungen für einen innerafghanischen Friedensschluss stehen erst noch bevor.

Der US-Sondergesandte für Aussöhnung in Afghanistan, Zalmay Khalilzad, und der Leiter des politischen Büros der Taliban in Doha, Mullah Abdul Ghani Baradar, haben am Freitag

vor rund 300 geladenen Gästen das Abkommen unterzeichnet.

Bei der Zeremonie in Doha, der Hauptstadt des Golfemirats Katar, war auch US-Außenminister Mike Pompeo anwesend.

US-Truppenabzug aus Afghanistan

Die mehr als eineinhalb Jahre lang verhandelte Einigung soll einen Abzug der US-Truppen aus Afghanistan einleiten. Im Gegenzug sollen die Taliban Garantien geben, dass das Land kein sicherer Hafen für Terroristen wird und sie Friedensgespräche mit der Regierung in Kabul aufnehmen.

In einem ersten Schritt soll die Zahl der US-Truppen um rund ein Drittel reduziert werden.

Das geht aus einer gemeinsamen Erklärung der afghanischen und US-amerikanischen Regierungen hervor, die kurz vor der Unterzeichnung in Doha in der afghanischen Hauptstadt Kabul veröffentlicht wurde. Demnach soll die Zahl der US-Streitkräfte von aktuell zwischen 12.000 und 13.000 binnen 135 Tagen auf 8600 reduziert werden.

Gleichzeitig arbeiteten die USA mit der Nato und anderen Verbündeten daran, die Zahl der Nato-Truppen proportional dazu zu verringern, heißt es in der Erklärung weiter. Die USA und ihre Verbündeten würden alle ihre verbleibenden Streitkräfte innerhalb von 14 Monaten abziehen.

Innerafghanischer Friedensschluss steht bevor

Die USA-Taliban-Vereinbarung ist ein erster Schritt in Richtung Frieden. Es handelt sich im klassischen Sinne nicht um einen Friedensvertrag, weil bisher eine Konfliktpartei, die Regierung in Kabul, fehlte. Gleichzeitig wurden zwei wichtige Punkte für einen dauerhaften Frieden an die innerafghanischen Verhandlungen ausgelagert: ein landesweiter, dauerhafter Waffenstillstand sowie ein Abkommen über die künftige Verteilung der politischen Macht in Afghanistan - also darüber, wie die Taliban politisch eingegliedert werden. Die eigentlichen Friedensgespräche für das Land stehen somit erst noch bevor. Beobachter gehen davon aus, dass es mindestens ein Jahr bis zu einem innerafghanischen Friedensschluss dauert.

Maas: Taliban müssen Gewalt weiter reduzieren

„Jetzt ist entscheidend, dass die Taliban die Gewalt weiter reduzieren“, teilte Bundesaußenminister Heiko Maas am Samstag mit.

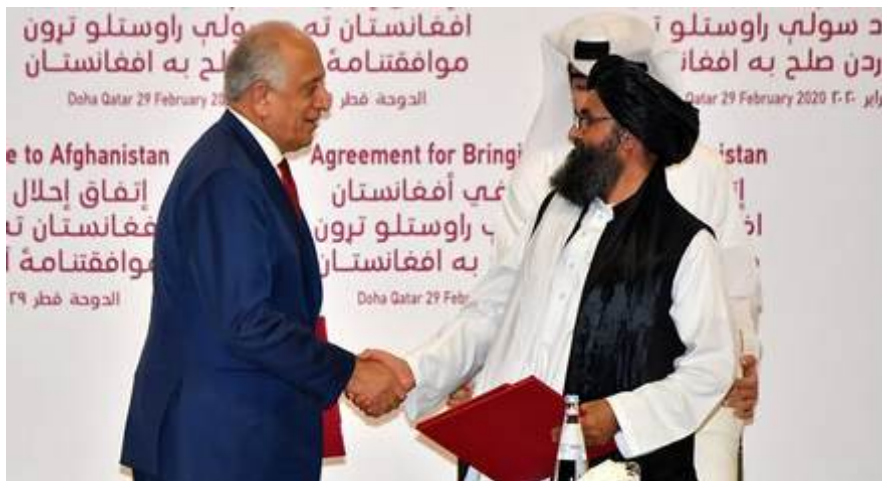
„Alle Akteure müssen ihren Verpflichtungen nachkommen und möglichst schnell mit den innerafghanischen Verhandlungen beginnen.“

Der Minister nannte das Abkommen „eine lang ersehnte Chance auf einen Friedensprozess in Afghanistan“.

Maas warnte zugleich:

„Einen Rückfall in eine totalitäre Alleinherrschaft der Taliban zu Lasten einer ganzen Generation junger Frauen und Männer darf es nicht geben.“

In Verhandlungen müsse auf dem aufgebaut werden, „was Afghanistan in den vergangenen Jahren im Bereich der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit erreicht hat“. Deutschland sei bereit, einen innerafghanischen Friedensprozess maßgeblich zu unterstützen, und werde sich auch künftig für eine friedliche Lösung des Konflikts in Afghanistan einsetzen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32652/68/326526829_0:314:3094:1988_1000x0_80_0_1_7b8229bd511b181a10f2d893f636483c.jpg.webp

de.sputniknews.com: **Erdogan: Türkische Militärpräsenz in Syrien erfolgte „auf Einladung seines Volkes“**

Die türkische Armee hält sich in Syrien laut Präsident Recep Tayyip Erdogan nicht auf Einladung von (Baschar al-) Assad, sondern des syrischen Volkes auf. „Wir bleiben dort, solange das (syrische) Volk uns nicht um einen Rückzug bittet“, sagte Erdogan am Samstag in Istanbul.

In einer Stellungnahme zum jüngsten Telefonat mit Russlands Präsident Wladimir Putin sagte der türkische Staatschef, er habe Putin aufgerufen, „die Türkei und die syrischen Behörden alleine zu lassen“.

„Ich habe zu Putin gesagt: ‚Lasst uns und das (syrische) Regime unter vier Augen, wir werden das Notwendige schon selbst erledigen‘.“

Lawrow: Idlib-Vereinbarung einhalten

Bei dem Gespräch von Erdogan und Putin sei es darum gegangen, wie die Vereinbarung für die Deeskalationszone in der Rebellenhochburg Idlib umgesetzt werden könne, hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow nach dem Telefonat am Freitag mitgeteilt. Dazu sollten auch die Außen- und die Verteidigungsminister beider Länder ihre Kontakte intensivieren. ...

abends:

lug-info.com: **Erklärung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego**

Die Überlegungen von Herrn Pristajko bezüglich der Bereitschaft zu einem Kompromiss in der Frage einer gemeinsamen Patrouille im Donbass bei der Vorbereitung Wahlen klingen paradox.

Nein, wir sind natürlich froh über eine solche Bereitschaft der Ukraine und bereit Kompromisse zu erörtern, aber nur solche, die auf den realen Umständen und Verpflichtungen basieren.

Ehe Pläne zur Gewährleistung der Sicherheit von Wahlen gemacht werden können, müssen die Vorbedingungen für deren Vorbereitung erfüllt werden: einen vollwertigen besonderen Status des Donbass im ukrainischen Gesetzesraum schaffen, in Vereinbarung mit den Vertretern des Donbass in der Kontaktgruppe Verfassungsänderungen beschließen und deren dauerhaften Charakter befestigen, neue Gesetze und juristische Akte zur Realisierung des besonderen Status annehmen und die abschaffen/ändern, die ihm widersprechen. Und dann ist es auch möglich zur Erörterung von Kompromissen zu Fragen der Organisation und

Durchführung von Wahlen überzugehen, allerdings wieder nur im Rahmen der in den Minsker Vereinbarungen festgelegten Verpflichtungen.

deutsch.rt.com: **OSZE-Vorsitzender Edi Rama über Minsker Abkommen: "Verträge sind einzuhalten" (Interview)**

Edi Rama, Albanien Ministerpräsident und amtierender Vorsitzender der OSZE, über die Versuche der Ukraine, das Minsker Abkommen zu revidieren: "Vertrauen kann man nicht aufbauen, wenn ständig versucht wird, ein Abkommen umzuschreiben, das umgesetzt werden sollte."

Der amtierende Ministerpräsident Albanien, Edi Rama, ist im Jahr 2020 gleichzeitig Vorsitzender der OSZE. In dieser Funktion besuchte er unlängst die Konfliktgebiete im Südosten der Ukraine. Einen bleibenden Eindruck hinterließ bei ihm vor allem die Lage der Zivilisten im Truppenabzugsgebiet in und um die Grenzortschaft Staniza Luganskaja, die zwischen der Volksrepublik Lugansk und der Restukraine liegt.

Rama beschreibt die Situation so:

Ganz ehrlich? Das ist ein realgewordenes 'Apocalypse Now'.

Von diesem humanitären Notstand ausgehend kritisiert Edi Rama die Versuche seitens der Ukraine, das Minsker Abkommen umzuschreiben, anstatt es umzusetzen. ...

<iframe width="813" height="457" src="https://www.youtube.com/embed/7Dwr1E6fCIY" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/7Dwr1E6fCIY>

Dan-news.info: **Kommentar der Außenministerin Natalja Nikonorowa über Aussagen des Außenministers der Ukraine über „Grenzen des Kompromisses“**

„Die Überlegungen des Außenministers der Ukraine über ‚Grenzen des Kompromisses‘, auf die die ukrainische Regierung bereit ist im Rahmen der Regelung des Konflikts im Donbass einzugehen, führen zu dem Gedanken, dass der Chef der ukrainischen Diplomatie wieder und wieder den Wunsch als Wirklichkeit ansieht. Aber die Grenzen der Realität sind so, dass ihn nur Enttäuschung erwartet – all dieser Unsinn über die Minsker Vereinbarungen ist dazu verdammt, an den juristisch festgelegten Verpflichtungen der Ukraine zu zerschellen. Insbesondere wird sich die Kiewer Führung früher oder später damit abfinden müssen, dass sie absolut alle Bedingungen und Modalitäten der Durchführung außerordentlicher örtlicher Wahlen mit den Vertretern der Republiken vereinbaren muss. Dabei erinnern wir wieder daran, dass es noch zu früh ist, über außerordentliche Wahlen zu reden. Zunächst müssen all die Etappen umgesetzt werden, die gemäß dem Maßnahmekomplex vor Beginn der Diskussion über Wahlen durchgeführt werden müssen, namentlich die Inkraftsetzung des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass, die Ausarbeitung und Vereinbarung aller sich daraus ergebenden normativen Rechtsakte und Vereinbarungen mit uns und unbedingt Änderungen in der Verfassung, um den besonderen Status mit dauerhaftem Charakter zu befestigen. Außerdem darf nicht die Wichtigkeit der Ausarbeitung und gesetzlichen Befestigung eines Mechanismus zur Verhinderung von Verfolgung von Teilnehmern an den Ereignissen im Donbass vergessen werden. Wir werden keinerlei einseitige Entscheidungen der ukrainischen Seite zulassen.“

Pristajko hatte in einer Sendung bei „Ukraina 24“ erklärt, dass die „Grenze des Kompromisses“ Kiews die Heranziehung von „Vertretern örtlicher Gemeinschaften“ zu gemeinsamen Patrouillen sei. Dabei dürfen nach Meinung Pristajkos diese Vertreter keine Soldaten der DVR sein. Stattdessen schlägt er irgendeine „nicht in den Krieg verwickelte junge Generation“ vor.

de.sputniknews.com: **Nato will ihre Präsenz in Afghanistan abbauen**

Die Nordatlantik-Allianz begrüßt laut ihrem Generalsekretär Jens Stoltenberg die ersten Schritte auf dem Weg zur friedlichen Regelung in Afghanistan und erwartet den Start von innerafghanischen Verhandlungen, die die afghanische Regierung und die Taliban einschließen. Darüber hinaus wolle sie ihre Militärpräsenz im Land reduzieren.

Wie Stoltenberg sagte, wolle die Nato zudem Korrekturen in ihre eigene Mission einbringen, darunter hinsichtlich des Abbaus der Militärpräsenz in Afghanistan. Dies ist einer Nato-Erklärung angesichts des Besuchs des Generalsekretärs der Allianz in Kabul zu entnehmen.

„Die Nato begrüßt die Verkündung erster bedeutender Schritte bei der Erzielung einer friedlichen Regelung in Afghanistan (...). In diesem Kontext wird die Nordatlantikallianz Korrekturen einbringen, einschließlich des Abbaus ihrer Präsenz. Aktuell erwarten wir den Start von innerafghanischen Verhandlungen, die zu einer dauerhaften und umfassenden friedlichen Vereinbarung führen, der Gewalt ein Ende setzen und die Menschenrechte verteidigen werden“, heißt es im Dokument.

US-Präsident Donald Trump teilte zuvor am Freitag in Washington mit, beim Einsatz in Afghanistan seien große Fortschritte gemacht worden, allerdings unter hohen Kosten für US-Truppen, für die amerikanischen Steuerzahler und für das afghanische Volk. Im Wahlkampf habe er dem amerikanischen Volk versprochen, er würde damit beginnen, „unsere Truppen nach Hause zu holen und zu versuchen, diesen Krieg zu beenden“.

„Wir machen erhebliche Fortschritte bei der Einlösung dieses Versprechens“, so Trump.

Vereinbarung mit den Taliban

Nach der am Samstag unterzeichneten Vereinbarung mit der afghanischen Taliban-Bewegung erklärte der US-Präsident Donald Trump, dass die USA daran arbeiten würden, um endlich den langwierigsten Krieg der Vereinigten Staaten einzustellen und die Soldaten heimzuschicken.

„Wir arbeiten daran, um dem längsten Krieg Amerikas endlich ein Ende zu setzen und unsere Truppen heimzuschicken“, heißt es in der Erklärung von Trump.

Die USA und die afghanische Taliban-Bewegung haben am Samstag in Katar ein Friedensabkommen unterzeichnet, das den Abzug der US-Truppen aus Afghanistan und den Anfang des innerafghanischen Dialogs vorsieht.

Die Seiten vereinbarten, dass die USA die Quantität ihrer Truppen in Afghanistan von 12.000 bis auf 8.600 Soldaten innerhalb von 135 Tagen reduzieren und daraufhin alle US- und Nato-Kräfte im Laufe von 14 Monaten weiter abziehen würden, wenn sich die Taliban der Gewalt enthalten werden. Darüber hinaus sieht die Vereinbarung einen „ständigen und umfassenden Waffenstillstand“ vor.

Direkte Verhandlungen zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung werden im Rahmen des innerafghanischen Dialogs geführt. Nach dem Start des innerafghanischen Dialogs werden die Taliban mit dem UN-Sicherheitsrat zusammenwirken, um ihre Mitglieder aus der Sanktionsliste auszuschließen. Dies beabsichtigen die Taliban bis Ende Mai 2020 zu erledigen. Die USA drohten, die Vereinbarung zu annullieren, sollten sich die Taliban nicht an die Vereinbarungen halten.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 22:30 Uhr das Feuer auf **Alexandrowka mit Schützenpanzerwaffen eröffnet. Infolge des Beschusses wurde die Fensterverglasung in der vierten Etage der Schule in der Lenin-Straße 171 beschädigt.**

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung, genauere Informationen werden noch ermittelt.